



Niederschrift

über die Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Gemeinde Nottuln am 18.06.2024.

Sitzungsort: in der von Aschebergschen Kurie, Stiftsstraße 4, 48301 Nottuln
Beginn: 19:00 Uhr
Ende: 20:10 Uhr

Anwesenheitsliste

Vorsitzender

Dr. Dietmar Thönnies

Ratsmitglieder

Wolfgang Danziger	SPD
Manfred Gausebeck	SPD
Stephan Gerlach	Bündnis 90/Die Grünen
Norbert Gosekuhl	CDU
Hartmut Rulle	CDU
Morten Steimann	CDU
Marco Upmann	CDU
Jan Van de Vyle	UBG
Helmut Walter	FDP

Stellvertr. Ausschussmitglieder

Dr. Susanne Diekmann	Bündnis 90/Die Grünen	Vertreterin für Richard Dammann
Arnd Rutenbeck	CDU	Vertreter für Dirk Mannwald
Regina Theopold	CDU	Vertreterin für Heinz Mentrup

Von der Verwaltung

Dominik Bomholt
Stefan Kohaus
Daniel Krüger

Schriftführung

Elke Schulz

In der heutigen Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Gemeinde Nottuln wird verhandelt und beschlossen wie folgt:

A. Öffentliche Sitzung

1	Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit
----------	--

Der Bürgermeister stellt die ordnungsgemäße Einberufung sowie die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest.

2	Mitteilungen
----------	---------------------

Der Bürgermeister begrüßt die Anwesenden.

Ratsherr Gerlach stellt die Frage, warum der Tagesordnungspunkt B 2 (überplanmäßige Mittelbereitstellung – Sanierung Roibartstraße) im nichtöffentlichen Sitzungsteil beraten wird. Der Bürgermeister informiert, dass es sich um ein laufendes Ausschreibungsverfahren handelt. Durch den Zugang zur Öffentlichkeit sei die preisliche Orientierung der Bieter gegeben, was zu vermeiden sei.

3	Bestimmung der Zahl der bei der Wahl des Rates der Gemeinde Nottuln zu wählenden Vertreter/innen Vorlage: 097/2024
----------	---

Ratsherr Van de Vyle unterstreicht, dass der Sachverhalt nachvollziehbar sei. Er fügt hinzu, dass die Demokratie von dem Engagement der Bürger lebe und diese zum Mitmachen angeregt werden sollten. Ratsherr Walter weist auf die bereits vollzogene Verkleinerung des Rates um sechs Sitze hin. Mit einer weiteren Reduzierung könne sich das Kräfteverhältnis im Rat zulasten kleinerer Gruppen verschieben. Ratsherr Rulle hebt die Vorgaben des Oberverwaltungsgerichtes zur Chancengleichheit hervor mit der Maßgabe, dass die Stimme eines jeden Wählers gleichwertig sein müsse. Das Verschieben von Wahlkreisgrenzen könne diesbezüglich ein Problem darstellen. Ebenso seien Veränderungen in der Struktur der Wahlbezirke entscheidend. Herr Kohaus informiert, dass der Stichtag für die Festlegung der Wahlbezirke für die kommende Kommunalwahl der 28.02.2025 ist. Verschiebungen durch Generationenwechsel oder Neubaugebiete seien immer möglich. Er schließt Veränderungen durch das Festlegen der Wahlbezirke im Vergleich zur letzten

Wahl nicht aus. Die Vorgaben durch die Rechtsprechung des Oberverwaltungsgerichtes stellen eine große Herausforderung dar. Herr Kohaus betont, dass es nicht unmöglich sei, die Zahl der Vertreter und Wahlbezirke zu reduzieren. Dies werde jedoch „Kopferbrechen“ bereiten. Ratsherr Danziger verweist auf die größere Belastung der Ratsmitglieder in kleineren Fraktionen und möchte die bestehende Satzung nicht verändern. Ratsfrau Diekmann spricht sich ebenfalls für die Beibehaltung der Anzahl aus, wobei die finanzielle Belastung nicht maßgebend sein könne.

Der Bürgermeister lässt über den Tagesordnungspunkt abstimmen.

Beschlussvorschlag:

Die bestehende Satzung über die Zahl der zu wählenden Vertreter und die Zahl der Wahlbezirke für die Kommunalwahl gemäß § 3 Kommunalwahlgesetz wird nicht geändert.

Abstimmungsergebnis:

Ja 13 Nein 0 Enthaltung 0

einstimmig angenommen

4	Genehmigung überplanmäßiger Ausgaben zur übergangsweisen Unterbringung Geflüchteter Vorlage: 095/2024
----------	--

Ratsherr Gausebeck macht deutlich, dass die überplanmäßige Auszahlung für die Unterbringung Geflüchteter in Höhe von 246.100 Euro knapp unterhalb der Grenze für den Erlass einer Nachtragssatzung liege. Er fragt, ob das Problem der Einsparung des zweiprozentigen globalen Minderaufwands schon gelöst sei. Er habe große Sorge um den künftigen Haushalt, da der überplanmäßige Betrag das Einsparvolumen erhöht. Herr Bomholt stellt klar, dass die Verwaltung dieses Problem auf dem Schirm habe und laufend verfolge. Dies sei auch eine Vorgabe des Kreises. Durch das Voranschreiten des Jahres werde die Haushaltssituation in zunehmender Weise kritisch beäugt. Das Veranlassen von Haushaltssperren und das Verlagern von Maßnahmen schließt der Kämmerer gegebenen Falles nicht aus. Alles runterfahren bedeute, das Haus auf Stillstand setzen, was wiederum mit einem Aufschieben verbunden sei. Es bleibe bei der Höhe der Einsparung. Aktuell möchte der Kämmerer keine Haushaltssperren aussprechen. Ratsherr Walter unterstreicht, dass dem Beschlussvorschlag entsprechend zu beschließen ist. Eine andere Entscheidung sei nicht gegeben. Ratsherr Rulle verweist auf die rasant schnelle Entwicklung bei dem Zustrom Geflüchteter und auf die beschränkten Unterbringungsmöglichkeiten. Das mache Angst. Nach der Sommerpause müsse wegen der Anrechnung der Flüchtlingsquote über eine zentrale Unterbringungseinrichtung nachgedacht werden. Dies erfordere eine intensive Diskussion mit der Bevölkerung. Weiterhin hebt Ratsherr Rulle für die Versorgung der Geflüchteten mit

Essen die sehr teure Cateringvariante hervor. Er schlägt vor, die Küche der Jugendherberge für die Essenszubereitung zu nutzen, die über zusätzliche Kapazitäten verfüge. Ein weiterer Kostenvorteil könne entstehen, wenn diese Küche auch als zentrale Stelle für die umliegenden Kitas und Schulen genutzt werde. So eine große Gemeinschaftsversorgung sei ein Problem, so der Bürgermeister. Das könne die Jugendherberge nicht leisten. Dieses Thema werde zurzeit verwaltungsseitig aus Kapazitätsgründen nicht weiterverfolgt. Nach dem Abwägen aller Möglichkeiten sei die bestehende Versorgung momentan die günstigste Variante. Der Haushalt biete wenig Spielraum zum Steuern. An der möglichen Errichtung einer zentralen Unterbringungseinrichtung, verbunden mit der Lösung des Flächenproblems, werde gearbeitet, wobei die Gemeinde Nottuln im Kreis nicht konkurrenzlos sei. Der Bürgermeister ist in großer Sorge über fehlende Unterkünfte und Flächen, wenn die Belegung der Tennishalle ausgereizt sei. Von der Vorstellung mit der Unterbringung von 50 bis 60 Personen an einem Ort müsse man sich verabschieden. Weiterhin macht er sehr deutlich, dass die Geduld, die Finanzmittel, das Ehrenamt und die Entscheidungsfreude erschöpft seien. Lösungen zeichnen sich gemäß den Aussagen kommunaler Spitzenverbände nicht ab. Ratsfrau Dr. Diekmann lobt die Bemühungen der Verwaltung und fragt, wann eine zentrale Unterbringungseinrichtung (ZUE) angedacht sei. Der Bürgermeister erklärt, dass im Worst Case keine ZUE realisiert werden könne. Falls doch, werde es die ZUE nicht vor dem Ende des nächsten Jahres bzw. Anfang des übernächsten Jahres geben. Ratsherr Danziger erklärt, dass auf diese Mehrkosten nicht verzichtet werden könne. Mehr Flüchtlinge bedeuten auch mehr Geld. Über diese Entwicklung sei schon länger diskutiert worden. In diesem Zusammenhang weist Herr Bomholt auf die Haushaltssystematik hin, dass ohne die formalen Freigaben und Beschlüsse durch den Rat keine Verträge abgeschlossen werden dürfen. Ratsherr Van de Vyle unterstreicht am Ende der Aussprache die moralische Verpflichtung und wünscht sich diese Diskussion auch bei anderen Ausgaben.

Der Bürgermeister lässt über diesen Tagesordnungspunkt abstimmen.

Beschlussvorschlag:

Die Vorlage der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen. Für die Betreuung und das Catering von Geflüchteten in der Turn- und in der Tennishalle werden für das Haushaltsjahr 2024 246.100 Euro überplanmäßig bereitgestellt.

Abstimmungsergebnis:

Ja 11 Nein 0 Enthaltung 2

einstimmig angenommen

5 Bürgerschaft Entwicklung Südlich Lerchenhain Vorlage: 096/2024
--

Herr Kohaus verweist auf den Entwurf der Ausfallbürgschaft und informiert, dass die Verwaltung diesbezüglich im Austausch mit der Kommunalaufsicht sei, die keine Bedenken habe. Weiterhin erläutert er, dass die Bürgerschaft mit Regelungen eines späteren Haftungsfalls ergänzt werde. Als Beispiel nennt er das Veräußern von Vermögengegenständen, bevor die Gemeinde Nottuln als Bürge herangezogen werde. Die UBG sei kein Befürworter des Baugebietes, so Ratsherr Van de Vyle, der damit auch die Bürgerschaft ablehnt.

Der Bürgermeister lässt über diesen Tagesordnungspunkt abstimmen.

Beschlussvorschlag:

Der Übernahme einer Bürgerschaft zugunsten der Projektentwicklungsgesellschaft Wohnpark Südlich Lerchenhain mbH & Co.KG zur Finanzierung der Erschließung des Baugebietes Südlich Lerchenhain wie in Anlage 1 dargestellt wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja 12 Nein 1 Enthaltung 0

mehrheitlich angenommen

6 Verschiedenes

Ratsherr Gerlach fragt nach der Bodenbelastung auf der Fläche des Neubaus des Feuerwehrgerätehauses Appelhülsen, verbunden mit eventuellen Mehrkosten. Herr Kohaus informiert, dass ein Sanierungskonzept vorliege. Das Ergebnis der Untersuchung sei nicht so schlimm wie befürchtet. Zu der finanziellen Auswirkung könne noch nichts gesagt werden. Zunächst müssten bezgl. der Entsorgungsmöglichkeiten Angebote eingeholt werden.

Auf die Frage von Ratsherrn Rulle hin bestätigt der Bürgermeister, dass es am Bahnhof in Appelhülsen den Freifunk geben wird. Die Verwaltung sei hier unterwegs. Bezüglich der Ausstattung der Haltestelle Beisenbusch werde es noch Informationen geben.

Dr. Dietmar Thönnies
Bürgermeister
Vorsitzender

Elke Schulz
Schriftführerin